

Parl. Staatssekretär Dr. Ole Schröder

- (A) NIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat keiner gesagt! Meine Frage ist: Wer ist „wir“? Das Innenministerium?)

Das ist die entscheidende politische Frage, um die es geht.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Kontroverse bleibt uns offensichtlich erhalten. – Gleichwohl sind wir am Ende der Fragestunde.

Ich unterbreche die Sitzung bis zum Beginn der Aktuellen Stunde zum Thema: „Haltung der Bundesregierung zu einem bundeseinheitlichen Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen“ um 15.35 Uhr. – Danke.

(Unterbrechung von 15.01 bis 15.35 Uhr)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rufe den Zusatzpunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

auf Verlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Haltung der Bundesregierung zu einem bundeseinheitlichen Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen

- (B) Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Harald Ebner, Bündnis 90/Die Grünen.

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Seit Samstag reiben wir uns verwundert die Augen. Minister Schmidt hat mal wieder einen Knaller rausgelassen und angekündigt, die Verantwortung für Gentechnikanbauverbote an die Länder abzuschieben. Der Minister der erratischen Dialektik ist der personifizierte irrlirchternde Versuchsballon, behauptete ich mal. Nach Wurst und Barcode kommt jetzt das nächste Kapitel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erleben seit Samstag den dreisten Versuch, den großen, den ganz großen Gentechnikbetrug an der deutschen Öffentlichkeit zu vollenden. Denn dieser Gesetzesentwurf, der der Presse vorliegt, widerspricht allem, was den Menschen seit dem Merkel-Mais-Debakel vor einem Jahr von der Großen Koalition versprochen wurde. Seit her werden Sie ja nicht müde, zu betonen: Alles halb so wild. Wir haben den Genmais zwar nicht verhindert, aber wir machen jetzt ein nationales Anbauverbot. – Sie behaupten alle immer noch, Sie wollen ein flächendeckendes Anbauverbot für ganz Deutschland. Der Minister hat jetzt zudem betont, dass er im Ergebnis keinen Flickenteppich in Deutschland haben wolle. Leider müssen wir heute feststellen: Alles nur Lippenbekenntnisse.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie haben Ihr Wort beim Thema Gentechnik erneut gebrochen und die Erwartungen der großen Mehrheit der Menschen in diesem Land enttäuscht; das war schon beim Genmais 1507 so. Denn wenn es kein bundeseinheitliches Anbauverbot gibt, dann kriegen wir doch genau diesen Flickenteppich. Wer garantiert uns denn, dass alle Länder Verbote aussprechen? Ein solcher Flickenteppich ist der Anfang vom Ende der Gentechnikfreiheit in Deutschland.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Dieser Gesetzesentwurf steht im Gegensatz zu allen aktuellen Forderungen der Agrarministerkonferenz der Länder, des Bundesrates, der gentechnikfreien Lebensmittelwirtschaft und der Umweltverbände. Das Landwirtschaftsministerium folgt Gutachten von BMBF und BMEL und hat es nicht einmal nötig, abzuwarten, was denn die anderen Ministerien noch so bieten.

Jetzt sollen es plötzlich die Bundesländer richten, weil nationale Verbote angeblich nicht rechtssicher zu begründen sind. Wofür und worüber haben Sie denn in Brüssel monatelang verhandelt, wenn am Ende etwas herauskommt, was angeblich gar nicht funktioniert? Ihre Krokodilstränen können Sie sich an dieser Stelle sparen. Sie haben mit Ihrer Haltung zum Genmais 1507 das Ganze erst ermöglicht. Sie hatten die Gutachten schon vor dem Beschluss in Brüssel vorliegen. Sie haben das in Brüssel so mitbeschlossen. Sie haben das gepusht, gewollt und somit auch zu verantworten. Sie wussten das alles. Und Sie hätten in Brüssel nie und nimmer zustimmen dürfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wenn Sie hier schon komplett einknicken und versagen, wie sollen die Menschen Ihnen denn glauben, dass Sie unsere Regeln zur Gentechnik bei TTIP nicht auf dem Altar des Freihandels opfern werden? Deutschland droht jetzt der Flickenteppich anhaltender Ideenlosigkeit. Ihre rechtlichen Schwierigkeiten sind nur ein Vorwand und eine Rechtfertigung, kein nationales Verbot erlassen zu müssen. Die Folgen müssen die Menschen ausbaden.

Was haben Sie gemacht? Sie haben keinen Finger krumm gemacht, um die nötigen Voraussetzungen für flächendeckende bundeseinheitliche Anbauverbote zu schaffen. Es gibt keine Datengrundlagen zu Kosten durch Koexistenz und Vermeidung von Verunreinigung. Sie haben keine Vorarbeiten für tragfähige Verbotsgründe für die ganze Republik geleistet. Nichts, niente, Fehlanzeige! Sie haben aufgegeben, bevor Sie überhaupt begonnen haben. Sie kapitulieren heute schon vorsorglich vor den Anwaltskanzleien von Monsanto und Co. Und dann schieben Sie es an die Länder ab? Wie soll denn das bitte schön gehen? Wenn der Bund mit seinem Riesenapparat an Ministerien, Anstalten, Instituten angeblich überfordert ist: Wie sollen es dann, bitte, das Saarland, Bremen oder Thüringen schaffen,

(Zuruf der Abg. Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Harald Ebner

- (A) die Herausforderungen eines wasserdichten Anbauverbots fehlerfrei zu meistern?

Das Delegieren der Anbauverbote an die Länder bedeutet in Wahrheit: Sie generieren die 16-fachen Kosten, Sie generieren das 16-fache Risiko des Scheiterns.

(Zuruf von der CDU/CSU: Dann sage ich: Wir schaffen den Föderalismus ab!)

Das ist aus meiner Sicht die organisierte Verantwortungslosigkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Schmidt, ich frage Sie: Wenn Sie angeblich ein flächendeckendes Anbauverbot für ganz Deutschland wollen, wie kann es dann sein, dass solch ein Gesetzentwurf, der die Zuständigkeit für ein Verbot an die Länder abschiebt, Ihr Haus verlässt? Wer ist denn da eigentlich Herr im Haus? Macht da jeder, was er will, oder hat der Staatssekretär und bekennende Gentech-Fan Bleser den Hut auf? Das würde ich von Ihnen gern mal wissen.

Herr Schmidt, Sie machen mit Ihrem Vorgehen eine gentechnikfreundliche Politik – gegen die breite Mehrheit der Menschen in diesem Land. Das ist aus meiner Sicht nicht tragbar. Stehen Sie zu Ihrem Wort! Sorgen Sie dafür, dass es umfassende, echte Verbote für alle Gentechnikpflanzen in ganz Deutschland gibt und nicht nur bei Ihnen zu Hause in Bayern! Auch nördlich des Weißwurstäquators gibt es ein Leben. Da müssen Sie sich auch gegen die Kanzlerin durchsetzen. Die SPD fordere ich auf, –

(B)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Und Sie müssen zum Schluss kommen.

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

– hier zu dem Wort, das Sie in diesem Jahr gegeben haben, zu stehen. – Ich komme zum Schluss. – Frau Hendricks sollte auch im Sinne des Papiers, das vor ein paar Monaten durch die Presse geisterte, sich dafür vehement einsetzen. Ich bitte Sie alle: Zerreißen Sie diesen Entwurf jetzt, hier und heute, –

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Kommen Sie jetzt bitte zum Schluss, Herr Ebner!

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

– und schreiben Sie ihn neu mit der Überschrift: Flächendeckendes nationales Anbauverbot für Genpflanzen.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Danke schön. – Das Wort für die Bundesregierung erhält jetzt Bundesminister Christian Schmidt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD) (C)

Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt vom Eifer zur Realität kommen

(Beifall bei der CDU/CSU – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zu Ihrer oder zu welcher?)

und erst einmal feststellen, dass wir alle hier im Hohen Haus – ich gehe einmal davon aus – und in der Bundesregierung „die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik“ anerkennen.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nichts machen! – Zuruf des Abg. Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So steht es wörtlich im Koalitionsvertrag. – Hört doch einmal zu! Ihr habt es doch noch gar nicht gelesen. Erst lesen und dann reden! Das ist immer noch besser.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Mein Gott! Politik lebt zwar von Aufregung, lebt aber ab und zu auch von Sachkunde. Die wollen wir heute, bitte, einmal auf den Tisch bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

So steht es, wie gesagt, wörtlich im Koalitionsvertrag. Den müssen Sie nicht jeden Tag lesen; es reicht, wenn wir das tun. (D)

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Worte kennen wir ja!)

So wurde es inhaltlich auch im vergangenen Jahr vom Deutschen Bundestag bekräftigt, und er hat der Bundesregierung, mir, den Auftrag gegeben, die Möglichkeiten zum nationalen Ausstieg aus dem GVO-Anbau – Zitat! – rechtssicher zu verankern. Nichts anderes tun wir nun. Unser gemeinsames Ziel ist es, den kommerziellen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Deutschland flächendeckend zu verbieten

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum haben Sie es dann überhaupt erst zugelassen?)

und die Opt-out-Möglichkeit schnellstmöglich zu nutzen. Übrigens: Diese Opt-out-Möglichkeit ist in Brüssel noch gar nicht endgültig beschlossen worden, sondern sie wird vermutlich erst nächste Woche beschlossen werden. Sie baut auf dem Binnenmarkt auf.

Wir müssen uns – ich sage das für die Feinschmecker, die sich damit beschäftigen – natürlich an dem orientieren, was uns Europa vorgibt. Ich gehe einmal davon aus, dass sich daran nichts mehr ändert, sondern dass wir dankenswerterweise nächste Woche diesen Richtlinienentwurf bekommen werden.

In den letzten Wochen und Monaten habe ich intensiv dafür gekämpft – in Europa gibt es eben Länder, die das

Bundesminister Christian Schmidt

- (A) anders sehen als wir; das kann ich denen nicht verbieten –, dafür geworben, dass wir für die Opt-out-Regelung eine Mehrheit bekommen. Das ist gelungen. Darüber sollten wir uns doch freuen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Also: Wir wollen das Verbot im gesamten Bundesgebiet.

Vorweg halte ich sozusagen zum Mitschreiben fest: Diese Regelungen setzen das gegenwärtige faktische Anbauverbot, das durch das geltende Gentechnikrecht mit Pufferzonen, sehr hohen Haftungshürden und Schutzklauseln besteht, nicht außer Kraft.

Ich sehe Kollegin Künast hier sitzen. Dieses Gesetz trägt eine Künast'sche/Seehofer'sche Handschrift. Sie haben es einer nach dem anderen geprägt.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Beleidigung! – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Seehofer hat es bloß ein bisschen abgeschwächt!)

Auch Ihr Ansatz der Standortregister bleibt in Kraft. Wir verschärfen es sogar und bauen darauf auf.

Mit dem Gesetzentwurf habe ich einen Wegweiser zu diesem Ziel aufgestellt. Nun stimmen wir diesen Entwurf in der Bundesregierung ab. Wir haben noch nicht einmal die Ressortabstimmung beendet. Ich darf an dieser Stelle sagen: Ich glaube, es ist ein guter Entwurf. Aber das heißt nicht, dass ich guten Argumenten gegenüber nicht offen bin. Mein Haus hat unter Hochdruck daran gearbeitet, dass wir unseren ehrgeizigen Zeitplan einhalten können, weil die Zeit drängt. Sieben gentechnisch veränderte Maissorten befinden sich gerade im Zulassungsverfahren. Die Maislinie 1507 ist angesprochen worden. Für MON810 läuft der Erneuerungsantrag. Wir müssen also schnellstmöglich handlungsfähig sein. Ich kann alle nur einladen, sich daran zu beteiligen. Bisher haben wir das in diesen Fragen schon erreicht.

Ich hatte Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Grünen, auch immer so verstanden, dass Sie gegen den Anbau von GVO in Deutschland sind. Darin sind wir uns wohl einig.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie das an die Länder abdrücken wollen, kriegen wir ihn!)

– Können wir vielleicht mit Unterstellungen aufhören und einfach zuhören bzw. lesen?

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Schmidt, Sie reden, und wir hören Ihnen zu, aber wir dürfen auch dazwischenrufen!)

– Ja, freilich, selbstverständlich. Sie dürfen dazwischenrufen, und ich darf reagieren.

Um das Anbauverbot in Deutschland umzusetzen, gibt es in der Theorie zwei Möglichkeiten: Entweder er-

lässt der Bund die Anbauverbote selbst, oder der Bund schafft den Rechtsrahmen, damit die Länder die Anbauverbote erlassen können. Wir alle wollen ein Anbauverbot, das Hand und Fuß hat und nicht nur auf dem Papier schön klingt, sondern auch vor Gericht standhält und in der Praxis wirksam wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD])

Auf diesem Weg müssen wir nach meiner rechtlichen Erkenntnis die Länder zumindest mit in die Pflicht nehmen. Warum ist das so? Emotionen schwingen in dieser Debatte mit. Darüber dürfen wir nicht vergessen, dass Anbauverbote die Berufsausübungsfreiheit und Eigentumsgarantie sowie die Warenverkehrsfreiheit im EU-Binnenmarkt einschränken. Wir greifen damit in mehrere Grundrechte ein. Auf solche Eingriffe richtet das Bundesverfassungsgericht zu Recht ein strenges Augenmerk.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und deshalb drücken Sie die Verantwortung an die Länder ab! Was soll denn das?)

Deshalb muss jedes Verbot verhältnismäßig sein, und es muss detailliert und ermessensfehlerfrei begründet werden.

Im Übrigen weise ich die Kritik an der bremischen und hamburgischen Regierung ausdrücklich zurück.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hamburg habe ich gar nicht genannt!)

- (B) – Hamburg haben Sie nicht genannt, aber Sie haben es mitgedacht. (D)

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wissen doch gar nicht, wo das ist!)

Je genauer ein Opt-out auf die Besonderheiten vor Ort abstellt, desto eher wahrt es die Verhältnismäßigkeit und hat damit vor Gericht Bestand.

Eines ist doch uns allen klar: Ein allgemeines Anbauverbot für alle GVO für das gesamte Bundesgebiet kann es nicht geben. Das erlaubt uns das EU-Recht nicht. Ich denke, dass wir deswegen nach der EU-Richtlinie für jede einzelne Pflanzensorte ein gesondertes Verbot verfügen müssen, und zwar sorgfältig. Dazu müssen wir die Kriterien der Erwägungsgründe in Ziffer 15 der Richtlinie umsetzen. Staatsrechtlich bestehen erhebliche Zweifel, ob diese durch den Bund administriert werden können.

Die Stadt- und Raumordnung ist eine Abweichungskompetenz der Länder. In diesem Bereich hat der Bund keine Kompetenz; ich muss diese Gründe aber mit aufnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich bin offen für die Überlegung, ob es ein Verfahren gibt, das den Bund über die Koordinierung hinaus noch stärker mit einbezieht. Wir wollen eine flächendeckende Regelung erreichen.

Bundesminister Christian Schmidt

- (A) (Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie könnten sich von Frankreich oder Österreich beraten lassen!)

– Wenn Sie mit Frankreich kommen, weise ich darauf hin: Die anderen Länder sind gerade dabei, sich zu informieren, bevor sie sich entscheiden, wie sie es machen werden. Es gibt viele, die keine Opt-out-Regelung schaffen. Deswegen wird die Koexistenz auch zukünftig eine wichtige Frage bleiben. Gerade habe ich von meinem österreichischen Kollegen, der sich für ein nationales Anbauverbot eingesetzt hatte, gehört, dass Österreich ein auf die Bundesländer bezogenes Anbauverbot für sinnvoller hält.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das große Österreich!)

Dabei kann man den Österreichern sicherlich nicht vorwerfen, beim Thema Gentechnikfreiheit am Ende des Zuges zu sein. Lassen Sie uns deshalb das Ganze in Ruhe und nüchtern an den Möglichkeiten ausrichten.

Politische Zielsetzung muss bleiben, dass es auf nationaler Ebene ein flächendeckendes Anbauverbot gibt.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! Wie denn?)

- Wir sollten froh und dankbar sein, dass wir als Erste in Europa ein solches Gesetz, wenn denn der Entwurf angenommen wird – die Bundesländer haben die Möglichkeit, mitzureden –, in Kraft setzen werden. Das gibt mir dann die Möglichkeit, dafür zu sorgen, dass der Mais 1507 erst gar nicht in den Anbau gelangt.

Lassen Sie uns auf dem weiteren Beratungsweg im Detail klären, was des Bundes und was der Länder ist.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollen Sie Sachsen-Anhalt zwingen, oder?)

Aber dabei sollten wir nicht vergessen, worum es eigentlich geht. Wir alle wollen keinen Flickenteppich. Aber ich will, dass die Textur so gut geknüpft ist, dass sie reißfest ist. Ich kann Ihnen versichern, dass die Bundesregierung dem Parlament einen solchen Gesetzentwurf zügig vorlegen wird.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dabei haben Sie den doch gehäkelt!)

Wir wollen, dass keine gentechnisch veränderten Pflanzen zu kommerziellen Zwecken in Deutschland angebaut werden. Ich freue mich auf spannende und sachbezogene Diskussionen, in denen wir uns mit dem Thema auseinandersetzen und nicht mit Geschwätz.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist für die Fraktion Die Linke Dr. Kirsten Tackmann.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! *Und täglich grüßt das Murmeltier*, das ist einer meiner Lieblingsfilme. Ich habe den Eindruck: Auch bei der Agrogentechnik kommen wir nicht aus der Zeitschleife heraus.

(Beifall bei der LINKEN)

Dabei ist unser Auftrag ziemlich eindeutig. Die übergroße Mehrheit in diesem Land will keine gentechnisch veränderten Pflanzen, aus ethischen Bedenken oder deshalb nicht, weil man Gott nicht ins Handwerk pfuschen soll oder weil man die Natur schützen will. Die Linke will vor allem keine Macht der Konzerne über unsere Teller.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch hier im Bundestag gibt es eine klare und breite Mehrheit gegen die Agrogentechnik – das ist eine interessante Koalition –: rot-rot-grün-blauweiß. Das ist ein ziemlich breiter Aktionsradius. Eigentlich ist auch Bundesminister Schmidt als CSU-Abgeordneter dagegen. Aber im Kabinett ist er ein bisschen CDU-fremdbestimmt und dann doch irgendwie dafür. Das klingt absurd, ist aber so. Das Problem ist: Eine große Mehrheit in der Volksvertretung wird von einer Minderheit erpresserisch ausgebremst, obwohl sie die Mehrheitsposition in der Gesellschaft vertritt. Auch das klingt absurd, ist aber leider so.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD]: Abgeordnete lassen sich nicht erpressen!)

Aber bei den Saatgutkonzernen geht es eben um richtig viel Geld, und diese Quelle soll nicht versiegen. Dafür beerdigen ihre mächtigen politischen Freunde das Gemeinwohl unter einem Deckmantel der Freiheit von Wissenschaft, Wettbewerb und Handel.

Die Linke hat von Anfang an prophezeit, dass sich das sogenannte Opt-out als vergiftetes Geschenk erweisen wird. Dabei geht es um die Möglichkeit, den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Mitgliedstaaten auch dann zu verbieten, wenn sie in der EU zugelassen wurden. Auch das hört sich gut an, ist aber nicht gut, weil das ein trojanisches Pferd ist. Die EU-Kommission erwartet nämlich ein schnelles Ja bei der Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen, wenn die Regierungen in den Mitgliedstaaten sagen können, dass sie den Anbau im eigenen Land verbieten wollen. Auf meine parlamentarische Anfrage von vor einigen Wochen hat mir die Bundesregierung genau diese Antwort gegeben: In Brüssel ja, hier nein – vielleicht. Auch das klingt absurd, ist aber so.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zeigt das eigentliche Problem. Wenn wir ein EU-Zulassungsverfahren hätten, das gefährliche Pflanzen tatsächlich verhindert, könnten wir uns die heutige Debatte ersparen. Das wäre zwar schön, ist aber leider nicht so. Aber gut, ein Anbauverbot in den Mitgliedstaaten

(C)

(D)

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) wäre besser als nichts, zumal beim Opt-out genau die Ablehnungsgründe verankert wurden, die im Zulassungsverfahren leider fehlen, zum Beispiel die sozioökonomischen Gründe, die agrarpolitischen Ziele und die öffentliche Ordnung. Das sieht also gut aus, ist aber nicht so, nicht nur wegen erheblicher Rechtsunsicherheiten, auf die Minister Schmidt bereits hingewiesen hat. Noch schlimmer ist, dass die Bundesregierung die Bundesländer entscheiden lassen will – das ist deutsche Kleinstaaterei –,

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

und zwar gegen die ausdrücklichen Beschlüsse der Landesagrarminister und des Bundesrates für eine bundesweite Lösung; diese werden wohl wissen, was sie getan haben. Das nährt meinen Verdacht, dass der Ausstieg aus dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen eigentlich sabotiert werden soll. Ich sage ganz klar: Das lassen wir nicht zu.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Statt Gefälligkeitsgutachten mit Bedenkenträgerhintergrund wollen wir mal was ganz Neues erleben: eine Verwaltung, die uns sagt, wie die politischen Mehrheitspositionen umgesetzt werden können, und nicht, wie sie verhindert werden.

- (B) Denn es ist doch längst bewiesen, dass ein möglichst großflächiges Anbauverbot die einzige Chance für den Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft und Imkerei ist. Das Märchen von der Koexistenz zwischen gentechnisch veränderten und konventionell gezüchteten Pflanzen ist doch längst ausgeträumt, zum Beispiel weil die Verunreinigungen bei der Ernte, beim Transport, bei der Verarbeitung und bei der Vermarktung nicht oder nur mit sehr hohen volkswirtschaftlichen Kosten verhindert werden können. Wer trägt diese Kosten? Nicht Monsanto, Pioneer oder wer auch immer, sondern wir alle, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Deshalb ist ein großflächiges Anbauverbot alles andere als unverhältnismäßig.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass ausgerechnet die Union, die beim Mindestlohn gerade ein Bürokratiemonster in unglaublicher Größe an die Wand malt, hier jetzt tatsächlich ein Bürokratiemonster schaffen will, schlägt „dem Fass nun wirklich den Boden ins Gesicht“. Das ist Absurdistan. Das ist nicht zu leugnen.

Um auf Punxsutawney-Phil, das Murmeltier, zurückzukommen: Bill Murray kam am Ende des Films zur Vernunft und wurde erlöst. Bei der Union habe ich noch nicht alle Hoffnung aufgegeben, und der SPD sage ich: Viel Erfolg!

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

(C) Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion antwortet jetzt Ute Vogt.

(Beifall bei der SPD)

Ute Vogt (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Tackmann, herzlichen Dank für die guten Wünsche für unsere gemeinsame Gesetzgebungsarbeit.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt lass' krachen!)

Wir sind dem Minister auf jeden Fall dankbar, dass er zu einem sehr frühen Zeitpunkt diesen Entwurf vorgelegt hat,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

nämlich bevor die Richtlinie überhaupt in Kraft tritt; denn wir wollen vorbereitet sein, und wir wollen, dass unser Gesetz in Kraft ist, bevor die EU irgendeine weitere Zulassung von gentechnisch verändertem Saatgut beschließt. Deshalb: Danke für den frühzeitigen und rechtzeitigen Entwurf.

Allerdings sind wir, was den Text des Entwurfs angeht, in der Tat in einem noch sehr frühen Stadium. Der Minister hat es selbst gesagt: Der Entwurf ist noch nicht mit den anderen Ressorts abgestimmt. – Deshalb sind wir als Gesetzgeber jetzt in einer sehr guten Lage, in der wir nicht bei jedem Gesetzentwurf sind. Wir können nämlich jetzt von Anfang an unsere Kompetenz mit einbringen. Sonst – Sie kennen das Verfahren – ist es häufig so, dass erst die Ressortabstimmung erfolgt, und erst dann, wenn sich die Ressorts geeinigt haben, hat das Parlament überhaupt die Chance, sich zu äußern. Dank dieser frühen Veröffentlichung haben wir die Möglichkeit, schon sehr früh die wichtigen Punkte zu sammeln und auch die unterschiedlichen juristischen Einschätzungen zu berücksichtigen.

(D) Ich will für die SPD-Fraktion hier sagen, welche Punkte uns bei der Ausformulierung dieses Gesetzentwurfs wichtig sind. Für uns ist wichtig, dass im künftigen Gesetzentwurf steht, dass wir in Deutschland die Möglichkeit, ein Anbauverbot auszusprechen, regelmäßig nutzen, dass wir uns also im Gesetzentwurf darauf verständigen, dass wir immer dann, wenn es Zulassungsanträge gibt, in Deutschland für das Opt-out votieren. Das ist eine wichtige Grundsatzposition.

(Beifall bei der SPD – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann kann man das nicht an die Länder abdrücken! – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein Verbot zu fordern, klingt aber anders, Frau Vogt!)

Der zweite Punkt ist, dass wir das Opt-out auf Bundesebene festlegen wollen. Ich könnte mir vorstellen, Herr Minister, dass wir in der Tat eine Regelung finden, bei der wir von der Bundesebene aus auch die regionalen Gegebenheiten beschreiben. Das wäre für mich ein Weg. Der ist aus meiner Sicht besser, als wenn wir die Ent-

Ute Vogt

- (A) scheidung auf die Länder übertragen und warten, bis 16 einzelne Länder ihre Vorschläge machen.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In der Tat!)

Uns geht es schon darum, dass es eine bundeseinheitliche Regelung gibt. Wir können gerne definieren, welche regionalen Besonderheiten es gibt.

Wichtig ist uns, dass die Länder nur dann ins Spiel kommen, wenn später eine Bundesregierung sagt, sie mache vom Opt-out keinen Gebrauch. Das wäre ein Fall, wo die Länder gefragt wären. Ich bin froh, dass wir die Agrarministerkonferenz mit ihrem Beschluss vom Herbst letzten Jahres an dieser Stelle an unserer Seite haben. Sie hat sich ebenfalls für eine bundeseinheitliche Regelung ausgesprochen. Ich denke, wenn wir, Länder und Bund, uns da einig sind, dann müssen wir es schaffen, die rechtlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sie unseren Willen, eine bundeseinheitliche Regelung zu schaffen, umsetzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann habt ihr ja noch was vor in der Regierung!)

Unserer Fraktion wäre es am liebsten gewesen – das wissen Sie –, wenn es gelungen wäre, einen Verzicht auf Grüne Gentechnik EU-weit einzuführen. Das ist noch ein weiter Weg, den wir beschreiten wollen und werden. Ich glaube, mit dem Opt-out ist der erste wichtige Schritt gemacht.

- (B) (Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Das ist ein Schritt in die andere Richtung!)

Wichtig ist uns, dass es keine weitere Kleinteiligkeit gibt und dass wir als Gesetzgeber – das Parlament ist nun einmal der Gesetzgeber – all unseren Sachverstand nutzen, um eine Regelung zu finden, die der EU-Richtlinie gerecht wird und auch vor ihr besteht, die aber vor allem den politischen Willen – so habe ich den Minister verstanden – aller Fraktionen umsetzt, dass der Bund das Heft des Handelns in der Hand behält, dass also der Bund die Regelungen trifft und keine Länderabfrage durchgeführt werden muss, womit wir uns möglicherweise auf schwieriges Terrain begäben, weil wir die Formulierungen der einzelnen Länder nicht kennen.

In diesem Sinne freue ich mich auf das Gesetzgebungsverfahren. Ich finde es gut, dass wir schon so früh Gelegenheit hatten, die inhaltlich wichtigen Punkte zu sammeln. Wenn wir alle in die gleiche Richtung denken, dann sollten wir genügend Fachlichkeit zusammenhaben, –

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Ute Vogt (SPD):

– um den Weg so zu gestalten, wie ihn das Parlament möchte.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Nächste Rednerin ist Gitta Connemann, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wahrheit und Klarheit, das wünschen sich und verdienen unsere Verbraucher, gerade wenn es um das Thema dieser Stunde geht, den Einsatz von Gentechnik. Wenn man Umfragen glauben will, lehnt der Großteil unserer Bevölkerung Gentechnik ab.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Umso wichtiger sind Wahrheit und Klarheit von Wissenschaft, Wirtschaft, Medien, NGOs und natürlich von uns, der Politik.

Zur Wahrheit gehört erstens: In Deutschland gibt es keinen einzigen Landwirt, der Genmais oder Genkartoffeln pflanzen würde. Der Deutsche Bauernverband rät generell jedem Bauern davon ab, übrigens auch aus Haftungsgründen. Das ist die Wahrheit.

Zur Wahrheit gehört zweitens: Das deutsche Gentechnikgesetz gehört zu den strengsten auf der ganzen Welt.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dank Renate Künast!)

Bei Verstößen drohen drakonische Strafen. Gehaftet wird übrigens auch ohne Schuld. Für dieses Risiko findet sich keine Versicherung. Und wer hat es erfunden? Es waren nicht die Grünen, sondern die Union.

(Beifall bei der CDU/CSU – Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Wahrheit gehört drittens: Die EU kann den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen zulassen; das hat sie in drei Fällen getan. Für das Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln gibt es inzwischen sogar rund 60 Zulassungen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat MON810 zugelassen? Seehofer!)

An dieser Zulassung durch die EU wird sich auch nichts ändern. Neu ist: Die Mitgliedstaaten sollen die Möglichkeit erhalten, in bestimmten Fällen den Anbau von Genpflanzen zu verbieten.

Zur Wahrheit gehört viertens: Die Richtlinie der EU ist noch gar nicht in Kraft. Trotzdem hat der Minister gehandelt und einen Gesetzentwurf vorgelegt.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was machen Minister sonst? – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist übrigens sein einziges Vorhaben!)

Respekt, lieber Christian Schmidt!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gitta Connemann

- (A) Unser Minister handelt; andere reden und schwadronieren, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen. Sofort muss eine Aktuelle Stunde her. Dabei steht der Entwurf doch erst ganz am Anfang.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Genau! Das ist ja das Spannende!)

Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

Besonders stört Sie die angedachte Entscheidungskompetenz für unsere Länder.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, der mangelnde Wille, selber Verantwortung zu übernehmen!)

Sie entwerfen Horrorszenarien – wir konnten es gerade hören –: Chaotische Situationen würden entstehen, ein Flickenteppich unterschiedlichster Regelungen. Sie fordern mit den Ländern eine bundeseinheitliche Regelung. Höre ich da richtig? Sind das dieselben Länder, die sonst immer nach Öffnungsklauseln und Mitbestimmung rufen? Es heißt aktuell bei der Umsetzung der EU-Nitrat-Richtlinie: Wir wollen mitentscheiden. – Es heißt aktuell bei der Bundeskompensationsverordnung: Wir wollen mitentscheiden. – Und jetzt heißt es auf einmal: „Wir wollen nicht entscheiden; der Bund soll es machen“?

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man muss ausschließlich an der Sache orientiert argumentieren!)

- (B) Was die Flickenteppiche angeht: Die Länder könnten gemeinsame Wege gehen; das ist ihnen unbenommen. Flickenteppiche wären dann schon eher 16 Schulgesetze, jeweils anders gestrickt,

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das ist auch falsch!)

oder 30 000 Wasserschutzgebiete mit den unterschiedlichsten Bewirtschaftungsauflagen usw. usf. Das nennt sich Föderalismus,

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist bei der Gentechnik anders! – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Worum geht es? Geht es um Föderalismus, oder geht es um die Verbraucher?)

und den wollen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ja wohl nicht abschaffen.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, wir wollen, dass die Verbraucher geschützt werden!)

Nur Mut! Trauen Sie auch Ihren eigenen Agrarministern in den Ländern durchaus etwas zu!

(Beifall bei der CDU/CSU – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Denen trauen wir alles zu!)

Zur Wahrheit gehört: Wir wollen rechtssichere Anbauverbote, und dafür brauchen wir laut EU zwingende Gründe. Manche Gründe sind eben nicht in allen Regio-

nen gleich zwingend. Was am besten vor Ort entschieden werden kann, das muss auch vor Ort entschieden werden. Deshalb verbieten sich übrigens generelle bundesweite Anbauverbote. (C)

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die verbieten sich sogar?)

Das haben uns führende Rechtswissenschaftler bestätigt,

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Anwalt bei der Sachsen-Anhalt-Klage?)

und das hat uns auch Renate Künast bestätigt. Ich darf aus einer Presseerklärung der damaligen Bundesministerin vom 11. Februar 2004 zitieren:

Ein generelles Anbauverbot für gentechnisch veränderte Pflanzen wäre mit EU-Recht nicht vereinbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt haben wir aber ein neues EU-Recht! Es gibt jetzt eine neue Freisetzungsrichtlinie!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, Sie sehen mich jetzt etwas irritiert. Ist die Rechtslage immer davon abhängig, wer gerade Minister oder Ministerin ist? Ich glaube, das darf nicht sein.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt ist die Rechtslage anders, Frau Connemann! Sie müssen mal die Rechtslage nach 2004 betrachten!) (D)

Wir halten etwas von Rechtssicherheit, übrigens auch bei Verfassungsrecht und EU-Recht. Deshalb ist es gerechtfertigt, dass Herr Minister Schmidt die Entscheidung auf die Länder übertragen will. Dafür sind wir dankbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn sich die Rechtslage ändert, muss man auf die geänderte Rechtslage reagieren! – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Welt ist keine Scheibe! Die hat sich weitergedreht!)

Wahrheit und Klarheit,

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wahrheit und Klarheit wären gut!)

das verdienen unsere Verbraucher. Dazu gehört übrigens auch eine bittere Erkenntnis: Die Gentechnikfreiheit in Deutschland ist ein Mythos. Auch wenn unsere Bauern keine Genpflanzen anbauen,

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie importieren ohne Ende!)

ist Gentechnik heute Alltag. In deutschen Krankenhäusern werden Patienten mit gentechnisch hergestellten Medikamenten und Impfstoffen behandelt.

(A) Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Frau Kollegin Connemann, denken Sie bitte an die Zeit.

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Gentechnik wird viel bei Lebensmitteln verwendet; ich nenne Aminosäuren, Vitamine etc. pp. Lassen Sie uns ernsthaft, wahr und klar darüber sprechen! Wir als Union sind dazu bereit und freuen uns auf diese klare und wahre Auseinandersetzung mit Ihnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Danke schön. – Ich darf noch einmal daran erinnern, dass die Redezeit in der Aktuellen Stunde mit unserem gemeinsamen Einverständnis auf fünf Minuten pro Rednerin und Redner begrenzt wurde, und bitte Sie, diese auch einzuhalten. Das darf jetzt Eva Bulling-Schröter für die Fraktion Die Linke vormachen.

(Beifall bei der LINKEN)

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gentechnik, ja oder nein? – Mit dieser Grundsatzfrage beschäftigen wir uns hier im Hause schon über viele Jahre. Ich denke, der Widerstand ist groß, und wir sind schon sehr weit gekommen.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Darum möchte ich mich an dieser Stelle bei den vielen aktiven Menschen bedanken, die sich für den Schutz der Gesundheit, für die Umwelt und für die genetische Vielfalt der Natur in unserem Land einsetzen, sowie bei den vielen aktiven Bürgerinitiativen. Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Umgang mit der Gentechnikfrage – darum begrüße ich die Aktuelle Stunde hier – ist trauriger Beleg für den fatalen Politikstil dieser Bundesregierung.

(Beifall des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE] – Zuruf von der CDU/CSU: Weltfremd!)

Wie unklar die Große Koalition mit Fragen umgeht, die wirklich vielen auf den Nägeln brennen, wird hier wieder einmal deutlich. Sie reagieren einfach nicht auf die Sorgen der Leute. Ich teile da mit vielen das ungute Gefühl, dass die Menschen nicht mehr ernst genommen werden.

Die Ablehnung der Gentechnik geht mittlerweile durch alle Parteien. Umso verwunderlicher und umso dreister ist es, dass die Koalition hier nicht eindeutig handelt. Das aber erwarten wir und die Menschen vor Ort.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei der Regierung sehe ich sogar wachsende Missachtung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, und ich sage einmal, warum. Es fängt beim Koalitionsvertrag an. Dort steht zu Grüner Gentechnik:

Wir erkennen die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik an.

Ihren Kindern sagen Sie dann also: „Wir erkennen eure Vorbehalte gegenüber der versalzten Suppe an, aber auslöffeln müsst ihr das trotzdem!“

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vorbehalt ist – schauen Sie in den Duden – „geltend gemachtes Bedenken gegen eine Sache [der man sonst im Ganzen zustimmt]“. Zustimmung zur Gentechnik gibt es aber nicht. Ende Januar hat eine Forsa-Umfrage gezeigt, dass Gen- und Klontechnik von 70 bzw. 71 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher abgelehnt wird. Wer da von Vorbehalten spricht, der zieht die Sorgen der Bevölkerung ins Lächerliche.

(Beifall bei der LINKEN – Marlene Mortler [CDU/CSU]: Worüber redet die eigentlich?)

Im Koalitionsvertrag ist übrigens auch nichts zur Gentechnik-Freiheit zu finden, sondern es finden sich nur solche verschwurbelten Formulierungen wie:

An der Nulltoleranz gegenüber nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln halten wir fest ...

(Zuruf der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(D)

Erst nicht ernst nehmen und dann auch noch veräppeln!

Da verplappert sich der Herr Wirtschaftsminister Gabriel auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos: Bei TTIP seien wir in Deutschland ein wenig „schwierig“, weil wir so „reich und hysterisch“ seien.

(Heiterkeit des Abg. Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So also redet der Vizekanzler über das Verfassungsprinzip „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich meine, da hat jemand wirklich die Hosen runtergelassen, meine Damen und Herren. Das ist eine ganz neue Form der Transparenz bei der SPD. Wir erleben hier eine Vertrauenskrise, und die Menschen vor Ort auch. Statt zu sagen: „Wir steigen aus. Basta!“, ist vom ominösen Opt-out die Rede.

Es geht hier um die Frage von Souveränität, und zwar von Staaten. In der Zulassungsphase bei Monsanto und Bayer betteln, ob man verschont wird – wo ist da eigentlich unsere Selbstachtung geblieben? Ich halte das wirklich für unwürdig. Wer macht denn so etwas im Ernst? Erst auf EU-Ebene genehmigen, und dann zwingende Gründe für eine Einschränkung vorzubringen – das wird vor Gericht schwierig. Aber dann wenigstens auf Bundesebene!

Eva Bulling-Schröter

- (A) Herr Miersch, lieber Matthias, du hast im Mai 2014 noch Applaus von der Union bekommen, als du wörtlich fordertest, „dass ein nationales Parlament jederzeit von einer Ausstiegsklausel Gebrauch machen können muss“. Vor diesem Hintergrund, meine ich, sollten wir doch gemeinsamen kämpfen, dass es nicht zu einer „Bundesländer-Ausstiegsklausel“ und damit zu einer zersplitterten Rechtslage kommt.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Denn dann können sich die Konzerne wirklich freuen. Statt einen können sie zwischen 16 Richtern wählen, frei nach dem Motto: Einer wird schon umfallen.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Einer wird gewinnen!)

Was uns ins Haus steht, wenn TTIP fertig geheimverhandelt ist, das steht noch auf einem ganz anderen Blatt. Wir brauchen also dringend eine bundeseinheitliche Regelung.

Wenn Sie noch einen Restrespekt vor dem Bürgerwillen haben, dann verbieten Sie Gentechnik auf dem Acker, und zwar bundesweit!

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. Das war eine Punktlandung.

- (B) Nächster Redner für die SPD-Fraktion ist Dr. Matthias Miersch.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Matthias Miersch (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Schmidt, ich bin Ihnen ausgesprochen dankbar, dass Sie hier noch einmal das Ziel bekräftigt haben, in der Tat alles zu versuchen, um die Vorbehalte der Bevölkerung anzuerkennen und angemessen zu reagieren. Ich bin Ihnen auch dankbar dafür, dass Sie gesagt haben, Sie seien für Argumente offen, das Ganze befinde sich noch in einem frühen Stadium. Ich gebe Ihnen auch recht – auch ich gehe fest davon aus –, dass alles, was wir hier oder auch auf europäischer Ebene gesetzgeberisch tun, beklagt werden wird; denn das, was wir hier vorhaben, nämlich eine Ausstiegsklausel, ist juristisches Neuland.

Ohne unsere Zunft zu schlecht zu machen – wir sind ja beide Juristen –, ist natürlich zu sagen: Absolute Rechtssicherheit ist nicht herzustellen. Sie werden in diesem Land, Sie werden in Europa, Sie werden weltweit immer jemanden finden, der für das eine oder für das andere ein Gutachten schreibt.

(Dr. Franz Josef Jung [CDU/CSU]: Kommt immer darauf an, wer es bezahlt hat!)

Spannend ist es manchmal, zu gucken, für wen die Gutachter vorher einmal tätig waren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) (C)

Ich glaube, dass wir vielleicht in vielen Jahren einmal durch eine obergerichtliche Entscheidung absolute Rechtssicherheit bekommen; aber wir müssen nach meiner Auffassung politisch deutlich sagen, wohin wir wollen. Deshalb sage ich Ihnen: Wir müssen alles versuchen, damit es zu einer bundeseinheitlichen Opt-out-Regelung kommt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr schön! Das müsst ihr jetzt auch durchsetzen!)

– Das, lieber Harald Ebner, wollen wir gemeinsam in der Großen Koalition durchsetzen.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben aber gerade etwas anderes gesagt!)

Die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat sich schon ganz deutlich positioniert.

Ihnen, Herr Minister, will ich ein paar Argumente nennen, die wir in den nächsten Wochen miteinander diskutieren können, spätestens hier im Parlament.

Erstens. In der Richtlinie, um die es geht, wird davon gesprochen, dass Mitgliedstaaten von der Opt-out-Regelung für ihren gesamten Bereich oder für Teile Gebrauch machen können. Insofern ist der Wortlaut der Richtlinie nach meiner Auffassung völlig eindeutig. (D)

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Zweitens. Wir haben eine wegweisende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 2010. In dieser Entscheidung hebt das Bundesverfassungsgericht ganz ausdrücklich hervor, dass die Kompetenz zur Gesetzgebung beim Bund liegt, weil man kein Interesse an einer Zersplitterung in diesem Bereich haben kann. Deswegen muss es aus meiner Sicht eine bundeseinheitliche Regelung geben.

(Beifall der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Sie ist gestützt von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir uns in der Richtlinie die einzelnen Ausstiegsgründe ansehen, dann stellen wir fest, dass ein Opt-out-Grund einer bundespolitischen Entscheidung agrarpolitische Ziele sein können. Aus meiner Praxis als Anwalt kann ich Ihnen, Herr Schmidt, sagen: In den Fällen, in denen es in den letzten Jahren zu Verunreinigungen des Saatguts gekommen ist, betraf es nicht nur ein Bundesland, sondern zog es sich vom Norden bis zum Süden. Alle Landwirte waren betroffen. Gerade auch im In-

Dr. Matthias Miersch

- (A) teresse der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, im Interesse unserer agrarpolitischen Ziele brauchen wir eine einheitliche Regelung.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer Grund, der in der Richtlinie genannt wird, sind die sozioökonomische Auswirkungen. Sozioökonomische Auswirkungen sind nur bundesweit zu betrachten; sie können wir nicht länderspezifisch betrachten. Insofern ist auch das ein klarer Hinweis darauf, dass der europäische Gesetzgeber eine bundeseinheitliche Regelung gemeint hat.

Das Dritte sind umweltpolitische Gründe. Hier will ich auf einen Aspekt eingehen, der immer hinten runterfällt. Bei dem Thema Gentechnik haben wir nach wie vor die Bienenproblematik. Sie macht an Ländergrenzen nicht halt.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Nicht?)

Auch das ist ein Argument, dass wir eine bundespolitische Opt-out-Regelung brauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist gut, dass Sie das jetzt mal Herrn Schmidt sagen!)

- (B) Das Vierte ist die öffentliche Ordnung. Auch das ist ein Grund, der dafür spricht, dass es zu einer bundeseinheitlichen Lösung kommt. Deswegen freue ich mich, dass die bayerische Ministerin heute an den Bundesratsbeschluss erinnert und für eine bundeseinheitliche Lösung geworben hat. Insofern haben wir einen großen Konsens. Wir können uns nähern. Das müssen wir jetzt diskutieren. Das schließt nicht aus – darauf weisen Sie auch hin –, dass es Kernkompetenzen der Länder gibt, beispielsweise im Bereich der Raumordnung. Wir werden überlegen müssen, wie wir das intelligent miteinander verknüpfen können. In diesem Sinne freue ich mich auf die Debatte.

Ich möchte aber noch eines sagen: Ich wünsche mir, dass wir eigentlich nicht zu einer Opt-out-Regelung kommen, sondern dass die Mehrheit der Mitgliedstaaten immer, wenn es um eine Zulassung auf europäischer Ebene geht, erst einmal dagegen votiert. Ich freue mich auch über eine Bundesregierung mit einer in Zukunft hoffentlich ablehnenden Haltung in Brüssel.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Nicole Maisch das Wort.

Nicole Maisch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kollege Miersch, das war eine sehr schöne Rede, klar und gut argumentiert. Ihr Problem ist nur: Der Agrarminister ist Christian Schmidt. Geklatscht hat bei Ihrer Rede auch

der eine oder andere Grüne, aber niemand bei der Union. (C) Ich finde es schon bezeichnend, dass der CDU-Minister auf der Grünen Woche gesagt hat, er möchte keinen „Flickenteppich“ bei der Gentechnik. Jetzt wird klar, dass das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, das Sie zitiert haben, nämlich dass die Bedenken der Bevölkerung ernst genommen werden, nicht für alle Bürgerinnen und Bürger in diesem Land gelten soll,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern nur für die, deren Landesregierung willens und in der Lage ist, ein Verbot auf Länderebene zu administrieren und politisch durchzusetzen. Beim Thema „politisch durchsetzen“ habe ich schon ein, zwei Wackelkandidaten vor meinem geistigen Auge. Kollege de Vries aus Sachsen-Anhalt hat bestimmt schon Hoffnungen, dass in seinem Bundesland gegebenenfalls Öffnungen vorgenommen werden. Ich finde es nicht richtig, einen Flickenteppich zu schaffen. Deshalb streiten wir für eine nationale Lösung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Gentechnikpolitik der Union ist anhand des Schaustücks, das Sie hier zeigen, sehr gut zu erkennen: Zuerst hintertreiben Sie in Brüssel alles, was uns die Gentechnik vom Acker und vom Teller fernhalten soll. Sie blockieren sinnvolle Vorschläge des Europäischen Parlaments. Sie winken jede Importzulassung durch. Dann feiern Sie sich groß für das Opt-out, für die Möglichkeit, Gentechnik auf nationaler Ebene zu verbieten. Und jetzt, wo es diese Möglichkeit gibt, wollen Sie sie nicht nutzen. Das kann doch bitte schön nicht Ihr Ernst sein. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kollegin Connemann, Sie haben eine Äußerung von Renate Künast aus dem Jahr 2004 zitiert. Da kann man nur sagen: Jedes Zitat hat seine Zeit. Seit 2004 hat sich der Rechtsrahmen geändert. Inzwischen haben wir ein Opt-out. Man kann sich für das Opt-out abfeiern; aber dann muss man anerkennen, dass es vorher eine andere Rechtslage gab. Auch wenn es keine neue Rechtslage gäbe, wäre es völlig absurd, Renate Künast ins Feld zu führen, um Ihren vermurksten Umgang mit dem Opt-out schönzureden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gitta Connemann [CDU/CSU]: Das hat sich durch die Opt-out-Änderungsrichtlinie in keiner Weise geändert!)

Ich finde, es hat eine gewisse Berechtigung, großes Vertrauen in die Bundesländer zu haben. Ein großer Teil der Länder wird von grünen Agrarministerinnen und Agrarministern regiert; sie zeigen – anders als Sie – klare Kante bei der Gentechnik. Aber trotzdem ist und bleibt es falsch, den Anbau von Gentechnik auf Landesebene regeln zu wollen. Ich glaube, dahinter steckt eine sehr durchsichtige Strategie derjenigen in der Union, die der Gentechnik immer schon Tür und Tor öffnen wollten. Die sogenannte Koexistenz, von der Sie immer spre-

Nicole Maisch

- (A) chen, ist eine Illusion. Wer Koexistenzen will, der öffnet Monsanto, Syngenta und allen anderen die Tür,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

schadet den Verbraucherinnen und Verbrauchern und führt Landwirte in die Abhängigkeit von Gentechnikkonzernen.

Wir Grüne sagen klar: Wir wollen keine Gentechnik auf unseren Äckern, keine Gentechnik auf unsern Teller, und zwar in keinem Bundesland.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Die ist jeden Tag auf Ihrem Teller!)

Das ist die grüne Position. Da haben wir die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land hinter uns. Wir wissen aber, dass der Minister das nicht so klar sieht. Er hat schon angeboten, bei den TTIP-Verhandlungen die europäische Gentechnikzeichnung zu opfern.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ein Quatsch!)

Wir sollten in Zukunft mit unseren Handys im Supermarkt die Barcodes einlesen;

(Zuruf von der CDU/CSU: Ja, ist doch super!)

das sei Information genug. Ich finde, wenn man beim Thema Gentechnik so agiert, dann ist ganz klar, woher der Wind weht: Hier möchte jemand die Tür für etwas öffnen, was wir nicht wollen.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Pressemitteilungen der CSU zum Thema Gentechnik sind bezeichnend. Zur Erinnerung: Die CSU regiert auch auf Bundesebene, nicht nur in Bayern. Aber in den Pressemitteilungen geht es immer nur um die bayerischen Äcker, um die bayerischen Bauern, um die bayerischen Verbraucher. Ich finde, hier muss man einer Partei, die auf Bundesebene an der Regierung beteiligt ist, zurufen: Auch nördlich von Aschaffenburg leben Menschen.

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Und denen geht's gut!)

Auch nördlich von Aschaffenburg wird Landwirtschaft betrieben, und auch nördlich von Aschaffenburg wollen die Leute keine Gentechnik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Jetzt hat Ihr bayerischer Innenminister Herrmann angekündigt, es solle in Bayern wieder Grenzkontrollen geben. Aber man muss ihm sagen, dass sich Bienen und Pollen nicht an Grenzkontrollen halten. Es ist eine absurde Vorstellung, dass man in der Gentechnikpolitik eine Insellösung für Bayern umsetzen kann. Ich glaube, die Menschen und auch die Landwirte in Bayern werden dieses falsche Spiel durchschauen.

Wir haben in dieser Debatte festgestellt: Mit der Union ist bei der Gentechnik kein Staat zu machen. Wir haben Interessantes von Kollegin Ute Vogt und vom

Kollegen Miersch von der SPD gehört. Jetzt müssen sie zeigen, ob sie in dieser Frage Biss haben. Ihre Position steht diametral zu dem, was die Union in dieser Frage vorgetragen hat. Das ist jetzt die Nagelprobe für Sie von der SPD: Wenn es Ihnen nicht gelingt, ein einheitliches nationales Anbauverbot für gentechnisch veränderte Pflanzen durchzudrücken, dann haben Sie Ihre Glaubwürdigkeit in Sachen Agrarpolitik und Gentechnik ein für alle Mal verspielt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Das Wort hat jetzt Franz-Josef Holzenkamp, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Franz-Josef Holzenkamp (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, Sie haben die Aktuelle Stunde zu diesem Thema beantragt. Ich habe bei Ihnen genau zugehört. Bezüglich dessen, was Sie heute hier von diesem Pult aus erzählt haben, kann ich Ihnen nur zurufen: Der Karneval ist vorbei. Kommen Sie bitte zurück in die Realität!

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das ist ein ganz müdes Argument!)

Meine Damen und Herren, ich möchte zunächst würdigen, dass Bundesminister Schmidt Wort gehalten hat, (D)

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Welches Wort?)

nämlich zügig und frühzeitig einen Gesetzentwurf für die nationale Umsetzung der Opt-out-Regelung vorzulegen. Das hat er vor Inkrafttreten der EU-Änderungsrichtlinie gemacht. Das ist, finde ich, erst einmal beispielhaft für uns als Parlament. Herr Minister Schmidt, herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Am letzten Freitagabend, also erst vor wenigen Tagen, ist die Ressortabstimmung eingeleitet worden. Ich bin gespannt, wie der Rücklauf sein wird. Für unsere Fraktion will ich hier sagen: Wir sind offen für gute Ideen; sie müssen aber bitte auch umsetzbar sein. Ich empfehle uns allen, meine Damen und Herren – weil wir ganz am Anfang dieser Diskussion stehen –, das unaufgeregert und entspannt zu machen. Arbeiten wir die Dinge Schritt für Schritt ab. Dann werden wir auch zu einem vernünftigen Ergebnis kommen. Lassen Sie also den Klamauk! Der bringt uns nicht weiter.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Klamauk wird auf der Regierungsbank gemacht!)

Wir haben doch ein gemeinsames Ziel. Alle Fraktionen hier im Bundestag sind sich einig, die Opt-out-Regelung umzusetzen. Wir wollen einen rechtlichen Rahmen

Franz-Josef Holzenkamp

- (A) dafür schaffen, dass der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen bundesweit flächendeckend untersagt wird. Das wollen wir, Herr Miersch, möglichst rechtssicher machen. Sie haben recht: Vor Gericht und auf hoher See ist man nur in Gottes Hand. – Den Spruch kennen wir. Wir wollen aber möglichst rechtssicher sein.

Dass der Bund hier schon immer unter Unionsregierung engagiert unterwegs war,

(Lachen des Abg. Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

zeigt die Tatsache, dass Frau Aigner bereits in der letzten Legislaturperiode MON810 wegen der Gefahr für die Marienkäfer verboten hat. Der Bund steht also in Verantwortung. Hier geht es aber insbesondere um die rechtssichere Umsetzung.

Der Einklang mit dem EU-Recht ist schon angesprochen worden. Wir müssen sauber begründen. Es muss verhältnismäßig sein. Wir dürfen nicht diskriminieren, und die Entscheidung muss auf zwingenden Gründen beruhen, wenn wir das grundgesetzlich verbriefte Recht auf Eigentum und Berufsausübung in unserem Land einschränken. Das muss uns bewusst sein. Deshalb reichen generelle Behauptungen einfach nicht aus. Wir wissen, dass im Gesamtverfahren zuerst die EU – dort ist es die EFSA – prüft, und zwar den allgemeinen Schutz der Gesundheit für Mensch, Tier und Umwelt. Daher ist eine allgemeine Argumentation für eine Ablehnung im Opt-out-Verfahren nicht ausreichend. Zwingende Gründe müssen mit regionalen Begebenheiten belegt werden.

- (B) Wir wissen doch, dass die Regionen in Deutschland total unterschiedlich sind. Wir haben die Inseln mit besonderen Gegebenheiten,

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bayern ist ja auch eine Insel! – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bayern hat Berge! Bayern hat Täler!)

und es gibt hier große landwirtschaftliche Betriebe. Beispiel: Im Osten unseres Landes wurden Tausende Hektar arrondiert. Was machen wir denn in diesem Fall? Wie wollen wir es begründen, wenn mittendrin – vollkommen unschädlich für die Umwelt und sonstige Dinge – auf einer kleinen Fläche GVO-Pflanzen angebaut werden sollen? Hier müssen wir schon rechtssicher vorgehen. Frau Connemann hat dazu eben argumentiert. Ich wundere mich schon, dass sich die Landesminister – allen voran die grünen Landesminister – hier ein Stück weit der Verantwortung entziehen und sich einen schlanken Fuß machen wollen. Meine Damen und Herren, das ist wirklich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Bundesregierung macht sich einen schlanken Fuß!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will abschließend – weil wir uns am Beginn des Verfahrens befinden – einen Wunsch äußern, dessen Erfüllung mir persönlich ein Anliegen ist. Mit unserer Ablehnung der Gentechnik – ich habe das hier das eine oder andere Mal angesprochen –

- geht uns auch Wissenskompetenz verloren. Deshalb sollten wir in diesem Verfahren – das ist mein Wunsch – auch miteinander diskutieren, wie wir als Hochtechnologie-Land Deutschland die Wissenskompetenz erhalten können. (C)

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Debatte hatten wir bei den Kernkraftwerken auch!)

Ich möchte nicht, dass wir vom Wissen anderer Länder abhängig sind. Wir wissen nicht, was in 10, 15 oder 20 Jahren sein wird. Wir wissen nicht, was es dann für Entwicklungen und neue Erkenntnisse gibt. Deshalb sollten wir uns dafür öffnen.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Aber ich weiß jetzt, Herr Kollege, dass Ihre Redezeit zu Ende bzw. schon überschritten ist.

Franz-Josef Holzenkamp (CDU/CSU):

Ja, Frau Präsidentin, ich halte mich daran.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf eine intensive Debatte. Ich bin sicher: Wenn wir die Sache ernst nehmen und es ernst meinen, dann erzielen wir ein gutes Ergebnis, und zwar Deutschland als Ganzes – so wie Sie es gesagt haben –, gemeinsam mit den Bundesländern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Nächster Redner ist René Röspe, SPD-Fraktion. (D)

(Beifall bei der SPD)

René Röspe (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in den letzten Jahren hier im Deutschen Bundestag sehr häufig und sehr kontrovers über Grüne Gentechnik diskutiert. Eines ist über die Jahre geblieben, nämlich eine große Skepsis gegenüber Agrogentechnik, gegenüber Grüner Gentechnik auf dem Acker. Diese Einschätzungen haben viel mit Gefühlen, mit Emotionen zu tun.

Als Forschungspolitiker, aber auch als Biologe habe ich in den letzten Jahren versucht, das Ganze auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen. Ich habe mir angeschaut, welche wissenschaftlichen Publikationen es über die Auswirkungen von Gentechnik gibt, und da gibt es über Grüne Gentechnik eine ganze Menge. Auf der einen Seite gibt es die Einschätzung, dass Grüne Gentechnik keine großen Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit hat, dass es keine Bedenken gibt, dass das Risiko gering ist. Auf der anderen Seite gibt es eine Reihe von Publikationen, in denen das Gegenteil behauptet wird. Dort heißt es: Die Auswirkungen sind möglicherweise groß, sie sind nicht einzuschätzen, und man muss mit Gentechnik vorsichtig umgehen. Beide wissenschaftlichen Strömungen haben eines gemeinsam: Sie beschränken sich immer nur auf einen kleinen Teil – auf einen kleinen Ausschnitt, auf einen kleinen Raum,

René Röspel

- (A) auf ein paar Äcker – oder eben auf einen kleinen Zeitraum. Aber die Ausbringung von gentechnisch veränderten Pflanzen bedarf eigentlich einer Langzeitbetrachtung; denn man wird vielleicht erst in 10, 20 oder 40 Jahren merken, welche Konsequenzen sich daraus ergeben. Das ist auf Anhieb nicht abzuschätzen. Mein Fazit ist, dass es keine wissenschaftlich eindeutige Handlungsanleitung für die Politik gibt, Ja oder Nein zu sagen. Deswegen muss man die Entscheidung auf einer anderen Ebene treffen.

Geht man beispielsweise den Weg der USA, die rechtlich forschen und sagen: „Wir bauen einfach gentechnisch veränderte Pflanzen auf großen Flächen an und schauen, was passiert, und versuchen, das in den Griff zu kriegen“ – gentechnisch veränderte Pflanzen werden schon auf mehreren Millionen Hektar angebaut –, oder geht man den Weg Deutschlands, der schon seit Jahren ein zurückhaltender, ein beobachtender, ein vorsorglicher Weg ist? Vielleicht stellt man in 50 Jahren in den USA fest: Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen war überhaupt kein Problem. – Dann war es eben kein Problem. Es kann aber auch sein, dass es genau anders herum ist: Man merkt, dass man etwas auf den Äckern angebaut hat, das große Probleme verursacht, nun aber nicht mehr rückholbar ist. In 50 Jahren ist es dann zu spät. Dann hinterlässt man künftigen Generationen ein Problem, mit dem sie nicht umgehen können.

- (B) Wir haben uns als SPD vor vielen Jahren für den anderen Weg entschieden. Wir haben gesagt: Wir wollen erst sicherstellen, dass wir künftigen Generationen keine Last hinterlassen. Wir wollen Vorsorge betreiben. Wir wollen keinen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf unseren Äckern. – Auch die Grünen haben sich vor vielen Jahren dafür entschieden. Deswegen war es gut, dass wir 1998 gemeinsam eine Regierung gebildet haben, und das in einem ganz anderen Umfeld. Damals gab es auf europäischer Ebene viele Bestrebungen, gentechnisch veränderte Pflanzen auf den Acker zu bringen. Die damalige Opposition aus Union und FDP in diesem Haus, Frau Connemann – ich kann nicht umhin, da ins Protokoll zu schauen –, war überwiegend dafür, gentechnisch veränderte Pflanzen auf den Acker zu bringen. In dieser Situation ist Rot-Grün einen vernünftigen und besonnenen Weg gegangen, mit Gentechnik umzugehen.

Übrigens hat die SPD diesen Weg in der Großen Koalition von 2005 bis 2009 fortgesetzt, und wir setzen ihn jetzt fort. Das heißt, wenn es eine Konstante in Bezug auf einen vernünftigen Umgang mit Gentechnologie in Deutschland gibt, dann ist das die Sozialdemokratie. An die Grünen, die das vorhin aufgebauscht haben, gerichtet sage ich: Sie können sich darauf verlassen – alle anderen übrigens genauso –, dass wir diesen Weg fortsetzen werden, auch in dieser Koalition.

Es gibt gute Gründe, ein bundesweites Anbauverbot zu fordern. Wir sind auf europäischer Ebene weiter. Eine Opt-out-Regelung wird kommen, die es den Mitgliedstaaten erlaubt, auf nationaler Ebene Anbauverbote zu erlassen. Alles spricht dafür – Matthias Miersch hat das hervorragend ausgeführt –, dass man auf rechtssichere Weise den Weg eines bundesweiten Anbauverbotes wird

- gehen können. Das ist genau unsere Position, und die halten wir für richtig. (C)

Sie, alle Fraktionen und auch die Menschen in diesem Land, können sicher sein, dass sich die SPD weiter dafür einsetzen wird, dass es keinen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland geben wird. Wir werden uns auch im anstehenden Gesetzgebungsverfahren mit unserer Umweltministerin Barbara Hendricks dafür einsetzen, dass es nicht 16 unterschiedliche Regelungen auf Länderebene geben muss, sondern dass es ein bundesweit gültiges Gesetz gibt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Kees de Vries, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Kees de Vries (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Wir diskutieren in dieser Aktuellen Stunde über die Gesetzesvorlage der Bundesregierung zur Umsetzung der Opt-out-Richtlinie.

Die Haltung der Bundesregierung hat der Bundesminister in dieser Debatte schon überzeugend dargelegt. Die Gründe, die zu einem Anbauverbot von in der EU zugelassenen gentechnisch veränderten Pflanzen führen können, sind in fachlicher und juristischer Hinsicht von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Gentechnik und dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft beleuchtet worden. Dabei wurde deutlich, dass viele, wenn auch nicht alle Verbotgründe eindeutig nur lokal oder regional greifen können; denn es lässt sich nicht bestreiten – wer die deutsche Landwirtschaft kennt, wird das bestätigen –, dass die Agrarbetriebsstrukturen, die Gesetze, die Landschaftselemente, die Raumordnungen etc. in unseren Bundesländern sehr unterschiedlich sind. Nur indem wir diese Argumente zusammenführen, können wir zu einem rechtssicheren nationalen Verbot kommen und dafür sorgen, dass es in Deutschland keinen Flickenteppich gibt, und so dem Wunsch der meisten Menschen in unserem Land nachkommen. (D)

Ich möchte in dieser Diskussion über Gentechnik auf zwei Argumente aufmerksam machen:

Zum Ersten weise ich darauf hin, dass mit der Opt-out-Richtlinie – ich zitiere – „nicht verhindert werden soll, dass biotechnologische Forschungsarbeiten durchgeführt werden“. Ich begrüße ausdrücklich, dass Forschungstätigkeiten in Europa weiterhin möglich sind, einerseits damit wir in Zukunft im Zulassungsverfahren eigene Argumente vortragen können, andererseits – das ist nicht weniger wichtig – damit wir Entwicklungen in anderen Teilen der Welt, die vielleicht auch für uns in Deutschland einmal attraktiv sein könnten, nicht verschlafen.

Zweitens. Frau Maisch, ich habe überhaupt keinen Bedarf, gentechnisch veränderte Pflanzen anzubauen;

Kees de Vries

- (A) denn alles, was mir jetzt angeboten wird, ist einfach zu teuer und trägt nicht zu besseren Betriebsresultaten bei. Aber da ich nicht in die Zukunft schauen kann – das habe ich schon einmal erklärt –, möchte ich nicht ausschließen, dass sich das einmal ändert und auch wir in Deutschland tatsächlich einmal Bedarf an diesen Produkten haben werden.

Zum Schluss. Wenn Sie es mit Transparenz und der Wahlfreiheit des Verbrauchers ehrlich meinen – ich spreche namentlich meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von den Grünen an –, dann vermisse ich Ihr Engagement, das Sie bei vielen anderen Themen zeigen. Kämpfen Sie mit uns für die einfache und klare Kennzeichnung „Produziert mithilfe von Gentechnik“. Dann hätten wir die Transparenz

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Die wir brauchen!)

und die Wahlfreiheit, die Sie immer so vehement fordern.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Das wäre ehrlich!)

Vielleicht wäre das ein Beitrag, um in diese ganze Debatte wieder mehr Sachlichkeit hineinzubekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Was mir diese Stunde gezeigt hat, ist, dass wir das unbedingt brauchen.

Vielen Dank.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Als Nächste spricht Marlene Mortler, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Marlene Mortler (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir wollen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland schnell und wirkungsvoll verbieten – das ist die klare und eindeutige Haltung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag –, allerdings nicht aus ideologischen oder fortschrittsfeindlichen Gründen. Wir halten Anbauverbote aufgrund einer schlichten Abwägung für den richtigen Weg.

Erstens wissen wir einfach noch zu wenig über die Folgen des GVO-Anbaus auf komplexe Ökosysteme: Wie wirken sich Resistenzen gegen Schädlinge aus? Kann es Auskreuzungen geben? Welche Folgen hätten diese für andere Arten?

Zweitens. Wir wissen, dass der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in kleinräumigen Agrarstrukturen durch Windinträge zu Beeinträchtigungen der GVO-freien Landwirtschaft führen kann. Das wollen wir verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Drittens. Die Menschen im Land haben einfach kein Vertrauen in diese Technologie. Uns ist aber sehr an einem vertrauensvollen Miteinander von Landwirtschaft und Verbrauchern gelegen. (C)

Viertens bringt der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland einfach keinen relevanten Vorteil. Das mag in Spanien oder Nordafrika anders sein. In Deutschland jedenfalls brauchen wir den GVO-Anbau nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb haben wir als CSU-Landesgruppe uns vor einem Jahr mit Nachdruck für eine Zustimmung Deutschlands zum Opt-out-Vorschlag eingesetzt und mit unserer großen Schwesterpartei und mit der SPD hier im Deutschen Bundestag hart an einem gemeinsamen Antrag gearbeitet. Beides hat viel dazu beigetragen, dass der gordische Knoten hier in Berlin und wenig später in Brüssel durchschlagen werden konnte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jetzt geht es darum, den Sack zuzumachen und das Gentechnikgesetz so zu ändern, dass wir in Deutschland schnell und rechtssicher Anbauverbote verhängen können. Wer diese Anbauverbote verhängt – der Bund, die Länder, beide gemeinsam –, kann nicht die Kernfrage sein. Es muss aus meiner Sicht darum gehen, dass diese Verbote a) schnell kommen und b) – was noch wichtiger ist – einer gerichtlichen Überprüfung standhalten. Das ist für mich die Messlatte. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Lieber Herr Minister, lieber Christian – du bist ja noch da –, ich weiß aus vielen Gesprächen, wie intensiv du dich mit der Frage auseinandergesetzt und beschäftigt hast, wie man hierbei am besten vorgeht, wie du und wir alle zur besten Lösung kommen. Ich danke dir sehr, dass du einen Entwurf in die Ressortabstimmung gegeben hast – wir haben das heute mehrfach gehört –, bevor die Opt-out-Richtlinie überhaupt in Kraft getreten ist. So etwas hat wirklich Seltenheitswert. Ich erkenne auch, dass dieser Vorschlag einzig an den Zielen Schnelligkeit und Rechtssicherheit orientiert ist und nicht daran, wofür man in diesem Haus am meisten Beifall erhält. Das ist Politik im Sinne der Sache und im Interesse der Menschen in unserem Land.

Meine Damen, meine Herren, die zentrale Herausforderung, wenn man ein Anbauverbot aussprechen will, ist die wasserdichte Begründung. Es ist nicht jeder x-beliebige Grund geeignet, ein Anbauverbot zu begründen, sondern nur die Gründe, die in der Richtlinie aufgezählt sind: die Umweltpolitik, die Stadt- und Raumordnung und die Vermeidung von GVO-Einträgen. Wenn ich die Liste der Gründe lese, dann frage ich die Befürworter eines bundeseinheitlichen Vorgehens schon, wie denn eine Bundesbehörde nachweisen soll, dass ein Anbauverbot aus Gründen der örtlichen biologischen Vielfalt zwingend erforderlich sei oder dass es erforderlich ist, weil in

Marlene Mortler

- (A) der konkreten Situation vor Ort Koexistenzmaßnahmen nicht möglich sind. Nach allem, was mir bekannt ist, liegen dem Bund solche Informationen überhaupt nicht vor. Deshalb sage ich: Mit Anbauverböten, die pauschal für das ganze Land verhängt werden, ist keinem geholfen. Das sind nur Scheinlösungen; denn sie werden der ersten Klage zum Opfer fallen. Lassen Sie uns das Gesetz also so ausgestalten, dass Anbauverbote detailliert zu begründen sind; denn nur so werden sie Bestand haben.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Kann der Bund nicht begründen?)

Deswegen finde ich den Vorschlag unseres Bundesministers sehr plausibel. Schnell und rechtssicher, darum muss es gehen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Danke schön. – Nächster Redner ist Hermann Färber, CDU/CSU-Fraktion.

Hermann Färber (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf den Tribünen! Ich möchte zunächst einmal drei grundsätzliche Bemerkungen zur Gentechnik und zur tatsächlichen und rechtlichen Lage in Deutschland machen.

- (B) Erstens. Es gibt derzeit keine gentechnisch veränderten Nutzpflanzen, deren kommerzieller Anbau sich in Deutschland lohnt.

Zweitens. Die in Deutschland geltenden Haftungsregeln – das wurde ja schon mehrfach angesprochen – und auch die Abstandsregeln werden auch in Zukunft den kommerziellen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen wirtschaftlich extrem unattraktiv machen. Es lohnt sich für die Landwirte einfach nicht, gentechnisch veränderte Pflanzen anzubauen, und deshalb werden sie das auch nicht tun.

Drittens. Ich bin sehr dafür, dass der Verbraucher bei der Entscheidung, was er konsumieren will, wirklich Wahlfreiheit hat. Dafür ist eine umfassende Prozesskennzeichnung notwendig. Das darf nicht nur die Grüne Gentechnik betreffen, und es darf hier auch nicht nur um Lebensmittel gehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alle Produkte, die in irgendeiner Form während des Herstellungsprozesses mit Gentechnik in Berührung gekommen sind, müssen gekennzeichnet werden. Erst dann – wirklich erst dann –, wenn alles gekennzeichnet ist, hat der Verbraucher echte Wahlfreiheit, und dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich bin davon überzeugt: Hätten wir diese Kennzeichnungspflicht schon in den letzten Jahren gehabt, dann

hätten sich viele Mythen über die Gentechnik gar nicht erst entwickelt; denn dann wüssten die Verbraucher bereits heute, wie oft sie mit gentechnisch veränderten Produkten in Kontakt kommen. (C)

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht vom Acker!)

Wenn hier heute vom gentechnikfreien Teller, von Gentechnikbetrug und von der gentechnikfreien Lebensmittelproduktion gesprochen worden ist, so entspricht das einfach nicht der Realität.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch, natürlich entspricht das der Realität!)

In zahlreichen Lebensmitteln sind heute genveränderte Organismen vorhanden – ganz unabhängig davon, ob sie von genveränderten Pflanzen stammen oder nicht.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Färber ist für Gentechnik! Das ist ja interessant! – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gezielt Verwirrung stiften!)

Aber nun zum Opt-out-Verfahren: Dieses Verfahren ist ein typisch europäischer Kompromiss. Keiner ist damit zu 100 Prozent zufrieden, aber es ist eine Grundlage, mit der man arbeiten kann, und ich bin froh, dass man eine europaweite Lösung gefunden hat, die im Rahmen des Binnenmarktes bleibt. Ein alleiniges nationales Anbauverbot ohne europäische Rechtsgrundlage wäre im Übrigen eine Öffnung für Einschränkungen des Binnenmarktes gewesen, und von diesem Binnenmarkt profitieren gerade die Menschen in Deutschland ganz erheblich. Das wollen wir nicht gefährden, und deshalb begrüßen wir die jetzt gefundene Lösung. (D)

Es ist richtig, dass die Opt-out-Regelung Einschränkungen enthält, die es nicht erlauben, ein Opt-out mit rein politischen Motiven zu begründen. Das liegt zum einen an grundlegenden Mechanismen des Binnenmarktes, den wir ja alle wollen, zum anderen aber an Verpflichtungen, die Deutschland und die EU international eingegangen sind. So müssen ausländische und inländische Produkte nach WTO-Regeln nämlich gleichbehandelt werden, wenn sie gleichartig sind. Hier stellt sich die Frage: Ist eine gentechnisch veränderte Pflanze gleichartig einer nicht gentechnisch veränderten Pflanze?

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Die Gentechnikindustrie sagt Ja!)

Ein vom BMEL in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten spricht hier von einer „erheblichen Rechtsunsicherheit“. Auch der Gesundheitsschutz kann nur sehr begrenzt ein Grund für Opt-out sein, da die Gesundheitsprüfung ja eigentlich schon bei der EU-weiten Zulassung vorgenommen wird.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das steht gar nicht drin!)

Hier können also höchstens noch regionale Besonderheiten angeführt werden. Dazu verlangt das SPS-Ab-

Hermann Färber

- (A) kommen der WTO über sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen aber eine wissenschaftliche Beweisführung. Wir alle wissen, dass es keinerlei geprüfte wissenschaftliche Beweise für Gesundheitsschäden durch gentechnisch veränderte Pflanzen gibt.

(Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE]: Aber wir wollen das nicht!)

Wegen dieser Schwierigkeiten ist es völlig richtig, dass die Entscheidung für Anbauverbote bei den Ländern liegt; denn die Gründe, die nach internationalen Verträgen ein Anbauverbot begründen, sind so spezifisch, dass sie eben nicht bundesweit gelten, sondern einen starken regionalen und lokalen Bezug haben müssen. Deshalb können diese Regelungen auch nur von den Ländern rechtssicher umgesetzt werden.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Ich denke, wir fangen erst an, zu diskutieren!)

Ich weiß, Herr Minister Schmidt, dass sich die Bundesregierung dieser Probleme und Einschränkungen sehr bewusst ist. Deshalb begrüße ich es auch, dass sich die Bundesregierung mit Augenmaß und Fachkenntnis an die Umsetzung macht.

- (Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Sind Sie denn schon festgelegt, oder diskutieren wir noch?) (C)

Schnellschüsse helfen in diesem komplizierten Rechtsbereich niemandem. Ich bin froh, dass sich die Bundesregierung von der Aufregung nicht auf die Bäume jagen lässt. Schließlich muss sich nicht nur Griechenland an internationale Verträge und Abmachungen halten, für uns in Deutschland gilt das Gleiche.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Donnerstag, den 26. Februar 2015, 9 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 16.51 Uhr)